Friedensregion Bodensee e.V.

Newsletter Nr. 5

Mai 2020

Weiterleitung erwünscht!!!

Inhalt

In eigener Sache: Der Newsletter Nr. 5 ist fertig 2
Fortsetzung der Redebeiträge vom Bodensee-Friedensweg 2
Claudia Haydt 2
Miriam Rizivi 4
Andere Formen der Ostermärsche 2020 6
Aktuelles: Ausgaben für Rüstungsgüter verhindern Investitionen im Gesundheitswesen und im Bildungssystem 7
Zur Situation in Amerika 7
Zur Situation in Deutschland 7
Aufruf zu einem bundesweiten Aktionstag 8
Die EU rüstet weiter auf 9
Links 10
Aktuelles: Moratorium für Militärausgaben 11
Aktuelles: Entwicklungsländer und das Virus SARS-CoV-2 11
Aus dem Verein: Lilo Rademacher aus dem Vorstandsteam stellt sich vor 12
Aus dem Verein: Sicherheit neu denken - Säule 1 13
Gastbeitrag: „Kultur leben“ von Wolfram Frommlet 14
Aktuelles: Welterschöpfungstag / Earth Overshoot Day 15
In eigener Sache: Friedenspolitische Termine 16
Verschiedenes: Stuttgarter Friedenspreis der AnStifter – Respekt für Griechenland ist nominiert 17
Impressum 18

In eigener Sache: Der Newsletter 5 ist fertig

Liebe Leserinnen und Leser!

Zum jetzigen Zeitpunkt ist noch nicht abzusehen, was eine Aufhebung der Corona-bedingten Ausgangsbeschränkungen bewirkt, ob und wann ggfls. eine 2. Ansteckungswelle folgt, wie wir dann damit umgehen usw. Als überaus eindeutig sind jedoch die Forderungen der Auto-industrie zu verstehen, dass der Staat absatzfördernde Maßnahmen ergreifen müsse, um dieser so wichtigen und Arbeitsplätze sichernden Industrie die mit der Krise entstandenen Unwägbarkeiten abzufedern. Gleichzeitig sollen satte Dividenden an Aktionäre ausgeschüttet werden, damit es morgen so weiter geht, wie vor Corona-Zeiten erhofft. In den Chefetagen der Deutschen Politik und Wirtschaft ist noch nicht angekommen, was die Friedensbewegung und viele andere längst wissen: Ein unkritisches „Weiter -So!“ darf es nicht geben, weil uns auch Covid-19 mahnt, dass Menschheit und Planet längst eine untrennbare Einheit geworden sind. Wohlstand lässt sich nicht unbegrenzt steigern und schon gar nicht mit Waffengewalt verteidigen. Waffengeschäfte boomen allerdings auch in der Krise, wobei sich die desolate Situation von Flüchtlingen noch weiter verschärft hat. Bleiben wir uns und unseren friedenspolitischen Zielen treu und legen den Finger mit Worten und Taten immer dort in entstandene Wunden, wo es (noch) keinen Frieden gibt.

Ich wünsche Ihnen viele neue Einsichten beim Lesen und Stöbern im aktuellen Newsletter und grüße Sie herzlich. Ihre Friedensreferentin Martina Knappert-Hiese

****

Fortsetzung der Redebeiträge vom Bodensee-Friedensweg

Claudia Haydt: Gesundheit schützen! Militär abrüsten und Klimawandel stoppen!

Militär schafft keine Sicherheit. Nicht erst seit der Corona-Pandemie ist dies klar - zumindest denjenigen die für Argumente offen sind. Ein kleines Virus kann die ganze Welt in Atem halten. Das gelingt ihm unter anderem deswegen weil in den letzten Jahren und Jahrzehnten die falschen Prioritäten gesetzt wurden. Statt in öffentliche Gesundheitsversorgung zu investieren, wurde militärisch aufgerüstet. Anstatt global gemeinsam Forschung zu betreiben um die drängenden Menschheitsaufgaben zu bewältigen, wurde und wird in neuen Militärblöcken teure Rüstungsforschung betrieben.

Was meine ich mit Menschheitsaufgaben? Das sind schlußendlich all die Bedrohungen bei denen wir global in einem Boot sitzen, da sie das Ergebnis von weitreichenden Entscheidungen besonders in den reichen Ländern oder von auch von Unterlassungen sind.

Hier möchte ich drei ausgewählte Herausforderungen aufführen vor denen wir stehen. Diese Aufgaben sind zivile Herausforderungen, die durch das Militär nicht gelöst werden können. Im Gegenteil der Irrglaube, Sicherheit ließe sich militärisch herstellen, verschärft die Problematiken:

1. Den Reichtum gerecht verteilen!

In einer Welt die genügend zu Essen produziert muss kein Mensch Hunger leiden. Deswegen darf der Handel mit Lebensmittel nicht der Spekulation unterliegen. Wir müssen stattdessen Verteilungsmechanismen entwickeln, die sich am Bedarf der Menschen orientieren. In einer vernetzten Welt sollte dies kein Hexenwerk sein.

2. Gesundheitsversorgung für alle sicherstellen!

In unserer globalisierten Welt ist kein Land eine Insel. Egal wie vermeintlich geschlossen die Grenzen sind, weder Viren noch Naturkatastrophen noch Kriege machen an diesen Grenzen halt. Gesundheit ist keine Ware, sie ist ein Grundbedürfnis, auf dessen Befriedigung alle Menschen ein Anrecht haben. Wer glaubt mit Gesundheit Profit machen zu wollen, der gefährdet Menschenleben genauso, wie diejenigen, die Flüchtlingslager abriegeln oder Waffen exportieren. Dass es nicht genügend Schutzausrüstung für Pflegepersonal im gleichen Land gibt das Hightech-Killerdrohnen fürs Militär beschafft ist eine Schande!

Klimawandel stoppen!

Auf diesen Punkt will ich etwas ausführlicher eingehen, da der Klimawandel das Potential hat die gesamte Lebensgrundlage der heute existierenden Menschheit zu zerstören. Viel wurde bereits diskutiert über die Notwendigkeit weg zu kommen vom gigantischen CO2 Fußabdruck der industrialisierten Welt, von der Notwendigkeit den Individualverkehr zu überwinden und die Müllflut einzudämmen. All dies ist richtig und wichtig. Häufig übersehen wird jedoch, welche große Rolle das Militär bei der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen spielt. Dies gilt auch dann wenn das Militär gar nicht in konkreten Kriegshandlungen verwickelt ist. So brannte letzten Sommer in Folge von Schießübungen das Moor bei Meppen – und übrigens auch in zahlreichen anderen Bundeswehrstandorten. Allein in Meppen wurde dadurch etwa 50 Prozent mehr CO2 frei gesetzt als im Bodenseekreis während eines ganzen Jahres verursacht wird. Gängige Panzer verbrauchen zwischen 300 und 1000 Liter Treibstoff pro 100 Kilometer. Manche sogar noch mehr. Tieflader, Transportflugzeuge und Cargoschiffe verbrauchen fossilen Treibstoff in kaum vorstellbaren Größenordnungen.

Auch in der Luft sorgt schon allein der militärische Übungsbetrieb für Umweltschäden. Der Kampfjet Tornado braucht zwischen 1.800 und 6.000 kg Kerosin pro Flugstunde und der Eurofighter durchschnittlich 3 500 kg. Für diejenigen die das umrechnen wollen: 1 000 kg Kerosin verursachen mehr als drei Tonnen CO2-Emissionen. Das stärkste Treibhausgas überhaupt, Schwefelhexafluorid (SF6) wird für den Betrieb der AWACS Aufklärungsflugzeuge verwendet.

Selbst dort wo das Militär abzieht, egal ob nach Kriegen oder nach sonstiger militärischer Nutzung bleiben tödliche Altlasten zurück: Lösungsmittel, explosive Munitionsreste, abgereichertes Uran, Spezialtreibstoffe und andere giftige Chemikalien. All das verbleibt über Jahrzehnte manches auch für die Ewigkeit in der Umwelt, schädigt Ökosysteme und beeinträchtigt die Lebensqualität und die Gesundheit der dort lebenden Menschen.

Wenn das Militär so klimaschädlich ist, dann gibt es doch sicher Zielvorgaben auch diese Verschmutzung zukünftig drastisch zu reduzieren, oder? Leider Fehlanzeige.

Das Kyoto-Abkommen lässt bei seinen Vorgaben das Militär außen vor.

Doch ohne eine Einbeziehung des Militärs in die Klimaziele wird es weder möglich sein das 1,5 Grad Ziel zu erreichen noch die nötige Umstellung der Produktion im zivilen Bereich zu finanzieren.

Zurück zum Ausgangspunkt, der globalen Bedrohung durch ein kleines Virus. Zynisch und opportunistisch nutzen gerade sogenannte Sicherheitspolitiker die Situation um politische Maßnahmen umzusetzen, die unter normalen Umständen massiven Widerstand auslösen würden.

Als Friedensbewegung müssen wir deswegen sehr wachsam sein.
Es schafft keine Sicherheit, wenn die Bundeswehr in Deutschland die Polizei verstärkt. Es schafft aber Sicherheit, wenn die Bundeswehr ihre Vorräte an Schutzkleidung zivilen Stellen übergibt. Wenn die Bundeswehr endlich aus dem Ausland abzieht wird noch zusätzliches Sanitätsmaterial frei. Zukünftig muss die zivile Vorsorge gestärkt werden - nicht die militärische.
Es schafft keine Sicherheit, wenn Demonstrationen verboten werden obwohl sie sich an Gesundheitsauflagen halten. Selbst Einzelpersonen mit einem Schild wurden in den letzten Tagen von Polizisten festgesetzt. Je tiefer die Einschnitte in die Grundrechte von Menschen sind, desto wichtiger ist eine demokratische Kontrolle von politischen Entscheidungen.
Es schafft keine Sicherheit, wenn Militärmanöver zu den letzten Menschenansammlungen gehören, die aufgelöst werden. Warum hat es so lange gedauert bis das Großmanöver Defender 2020 gestoppt wurde?
Es schafft keine Sicherheit, wenn Atomwaffen aus Büchel „modernisiert“ und über den Atlantik hin und her transportiert werden. Sicherheit gibt es nur wenn atomar abgerüstet wird und zwar vollständig. Als ersten Schritt muss die Bundesregierung dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten.
Es schafft keine Sicherheit, wenn die NATO-Staaten mindesten 2 Prozent des BIP fürs Militär ausgeben. Wir können aber mehr Sicherheit bekommen, wenn es Mindestvereinbarungen für die Ausgaben beim Klimaschutz und der Gesundheitsversorgung gibt.
Das Gebot der Stunde heißt:
Gesundheit schützen. Militär abrüsten und Klimawandel stoppen. Global und hier vor Ort.
Blockkonfrontation war gestern. Solidarität und Entspannung sind die Zukunft.

Miriam Rizvi
Klimagerechtigkeitsaktivistin der Kollektiv Klimastreik Ostschweiz, St. Gallen

Aufgewachsen als Zeuge einer ungleichen Gesellschaft aufgrund des wachsenden Wohlstandsgefälles. Und da man in einer Zeit aufgewachsen ist, in der jeder Sommerurlaub heißer war als der letzte, fällt es einem schwer, dem Problem nicht ins Gesicht zu sehen und den Drang zu verspüren, nichts zu ändern. Das hat mich dazu bewogen, mich zusammen mit anderen Aktivist*innen an der Klimagerechtigkeitsbewegung in St. Gallen zu beteiligen, wo wir im vergangenen Jahr Klimastreiks organisiert und das Bewusstsein für Klimagerechtigkeit geschärft haben.
Vor dem FridaysforFuture (FFF) boom war ich in verschiedenen ökologischen und politischen Projekten aktiv, aber der FFF gab mir die Möglichkeit, Erfahrungen zu sammeln, die mich weitergebracht haben. Neben dem Aktivismus besuche ich die Schule an der Kantonsschule am Burggraben in St. Gallen. Zudem bin ich Mitglied der Juso und habe bei Wahlen Wahlkampf gemacht, um die Botschaft der Klimagerechtigkeit unter den Wähler*innen zu verbreiten.

Es ist unerträglich, das Leid an der Grenze zu sehen und die alarmierenden Berichte über die Klimakatastrophe zu lesen, ohne im Widerstand zu handeln. Wir, die Jugend und künftige Generationen, verdienen eine Chance auf dieser Erde, aber die Systeme, die wir uns selbst auferlegt haben, haben uns diese Chance gestohlen.
Wenn sich der Planet weiterhin im gleichen Maße erwärmt, werden wir mit einem Temperaturanstieg von 4-6°C konfrontiert sein. Ein Temperaturanstieg, den die IPCC als katastrophal bezeichnet hat. Jetzt ist es an der Zeit, die Zukunft in unsere Hände zu nehmen. Vielleicht können wir den Schaden eindämmen.

Rede

Die Klimakrise ist bereits eingetreten. Die Flammen haben unsere Erde erfasst
Unser Wirtschaftssystem, der Kapitalismus, hat dieses Feuer geschürt. Er heizt den Planeten für den Profit auf.
Der Kapitalismus hat diese Krise verursacht, und unsere Staaten haben es zugelassen.

Der Krieg in Syrien wurde teilweise durch die steigenden Lebensmittelpreise provoziert. Die Preise stiegen aufgrund der Verknappung als Folge eine Durre. Ein Dürre die gewöhnlicher wird als unsere Erde sich erhitzt.[1]

Ja, der Krieg ist eine Folge der Klimakatastrophen. Wenn eine Naturkatastrophe eine Gemeinschaft erschüttert, sind die sozialen Ungerechtigkeiten schärfer denn je. Sie zwingen Tausende, auf der Suche nach einer neuen Heimat zu gehen. Und was tut Europa? Wir schließen unsere Grenzen und antworten mit strukturellem und offenem Rassismus! Wo bleibt unsere Solidarität?!

Klimagerechtigkeit ist eine Antwort auf die Systeme, die uns und künftigen Generationen soziale und ökologische Kämpfe aufzwingen. Unsere Welt steht vor den Folgen unseres kollabierenden Klimas. Die Überschwemmungen, die Stürme, die schmelzenden Gletscher und Polaren, und der Mord an unserer biologischen Vielfalt. Dies wird unsere Gemeinschaften in Extremsituationen bringen, auf die wir nicht vorbereitet sind. Der erste Betroffene wird der globale Süden sein. Es ist unsere Pflicht, als Länder, die unseren Reichtum durch unsere industrieller Geschichte geschaffen haben, Verantwortung zu übernehmen und Solidarität zu zeigen. Wir müssen unsere Grenzen öffnen und nicht nur die physischen. Wir müssen unsere Einwanderungspolitik neu schreiben, mit dem Ziel, die Menschen als aktive und eingebundene Mitglieder unserer Gemeinschaften willkommen zu heißen. Wir können dies erreichen, indem wir das Stimmrecht für Flüchtlinge und das Arbeitsrecht gewährleisten und Unterstützung beim Aufbau eines neuen Lebens in Europa anbieten.

Klimagerechtigkeit spielt auch in der internationalen Politik eine Rolle. Da die Länder mit Bränden, Tropenstürmen und Überschwemmungen, die durch wirtschaftliches und soziales Chaos verursacht werden, umgehen müssen, könnten wir ein Netzwerk der Unterstützung anbieten. Wir können unser Wissen in akademischen Projekten und vor allem unseren Reichtum teilen, um anderen zu helfen, wenn sie sich der Klimakrise stellen müssen.

---

[1] https://www.nationalgeographic.com/news/2015/3/150302-syria-war-climate-change-drought/

Natürlich ist es ein ehrgeiziges Unterfangen, sich auf die globale Dynamik zu berufen. Aber wir können lokal handeln. Wir können in unseren eigenen Gemeinschaften etwas verändern. Die Proteste des vergangenen Jahres haben gezeigt, dass wir uns gemeinsam um unser Klima sorgen und um die Art und Weise, wie wir mit der Klimakrise umgehen werden. Indem wir zu Hause Projekte organisieren, die auf den Prinzipien der Klimagerechtigkeit basieren, können wir eine Grundlage schaffen.

Wie sieht Klimagerechtigkeit vor Ort aus? Es bedeutet, dass die finanzielle Verantwortung für die kommenden Infrastrukturmaßnahmen in die Hände derer gelegt wird, die für die Verschmutzung verantwortlich sind. Die Steuern auf Benzin sollten an diejenigen gerichtet werden, die die Industrie so aufgebaut haben, dass wir diese Güter sogar kaufen können.
Hier bedeutet es regional den Schutz des Sees und der darin enthaltenen Wildtierressourcen. Es bedeutet, die lokale Landwirtschaft zu stärken und neue Wege zu finden, um im sich wandelnden Klima in den Alpen zu leben. Es bedeutet, dass die Klimaschutzpolitik auch die Vulnerablen in unseren Gemeinden schützt, diejenigen, die mit wirtschaftlicher und sozialer Diskriminierung konfrontiert sind. Lokale Klimagerechtigkeit bedeutet auch, für Politiker*inen zu stimmen, die Gesetze schreiben, die auf Klimagerechtigkeit und nicht auf neoliberalen Prinzipien wie der Grün Liberalen Partei basieren.

Die Klimagerechtigkeit wird derzeit durch Projekte bedroht, die heute von Kapitalisten begrüßt werden. Der Kohlenstoffausgleich ist eine Praxis, die es den Menschen erlaubt, ein Stück Papier zu kaufen, das die Umweltverschmutzung "neutralisiert". Ein praktischer Ausweg, wenn man sich das leisten kann. Umweltverschmutzung ist keine Priveleg, sondern ein Verbrechen mit globalen Folgen.

Klimagerechtigkeit ist jedoch nicht die einzige Forderung unserer Bewegung, wir haben uns auf eine Reihe von Schritten geeinigt, um eine wirksame Bekämpfung der Klimakatastrophe zu erreichen. Die erste Forderung ist die Erklärung des Klima-Notstands. Diese Maßnahme ermöglicht es einer Gemeinschaft, den Klimawandel als Krise zu begreifen und die Politik und die Öffentlichkeit auf das Leiden unseres Planeten einzustellen. Die zweite Forderung ist die Forderung nach Netto-Null-Emissionen bis 2030. Dieses Datum wurde gewählt, weil es das Potenzial widerspiegelt, das wir in der Schweiz haben. Als ein Land, das seinen Reichtum durch den Beitrag zur Klimakrise während unseres Industriezeitalters erworben hat, werden wir die Verantwortung übernehmen, unseren Reichtum in die Nachhaltigkeit unserer Erde zu investieren. Wir sind in der Lage, dieses Ziel innerhalb eines Jahrzehnts zu erreichen, da der Grossteil unserer Emissionen auf strukturelle Mängel zurückzuführen ist. Zum Beispiel bleibt unser Finanzsektor der größte Emittent unseres Landes, sollten wir uns dafür entscheiden, die Art und Weise, wie wir unseren Reichtum investieren, neu zu organisieren, könnten wir dasselbe Kapital zur Unterstützung klimafreundlicher Projekte einsetzen, anstatt Geld an internationale Giganten der fossilen Brennstoffe zu verleihen. Die dritte Forderung ist nach wie vor die Hauptbotschaft von heute, die Klimagerechtigkeit.

Meine Botschaft lautet also heute: Die Klimakrise ist eine Chance, sie gibt uns die Möglichkeit, aufzuwachen und zu reagieren. Reagieren Sie auf das System, das uns aufgezwungen wird, und auf die sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die sich daraus ergeben. Die Lektion der Klimagerechtigkeit auf jeder Straße, durch die wir gehen, zu verbreiten.

Was wollen wir?
Klimagerechtigkeit!
Wann wollen wir sie?
Jetzt / gestern

Miriam Rizvi

Andere Formen der Ostermärsche 2020

Unser Plakat von der Friedensfahnen-statt-Ostermarsch-Aktion-2020 können Sie bei uns bestellen: A3 kostet 3 € + Versand (1x gefaltet incl. Postkarte 2021). Mail bitte an friedensregion-bodensee@posteo.de

Friedenskundgebung am Kriegerdenkmal in Engen

Manche in der Bundesrepublik haben die Zeit der Ostermärsche, die wegen Ansteckungsgefahr nicht stattfinden konnten, genutzt, um eine persönliche Eine-Frau/Ein-Mann-Kundgebung durchzuführen. Unser Freund Thomas Jochim aus Engen kleidete das Kriegerdenkmal mit Friedensfahnen ein und hängte Botschaften daran. Mit einer Absperrung und dem Hinweis auf Mindestabstand sorgte er für die nötige Sicherheit der Besucher. Seine Botschaft: „Nach der Corona-Krise darf es kein „Weiter so!“

geben. Nehmen wir unseren ganzen Mut und unsere Zuversicht zusammen, und setzen wir die freigesetzten Gelder für eine weltweite Transformation in eine friedliche, erdverträgliche und menschenwürdige Wirtschaft und Gesellschaft ein!“

https://s.docworkspace.com/d/ABmRdgOh85czw9D65ZKdFA
https://www.friedenskooperative.de/alternativer-ostermarsch/reden

****

Aktuelles: Ausgaben für Rüstungsgüter verhindern Investitionen im Gesundheitswesen und im Bildungssystem

*Wir informieren Sie an dieser Stelle über geplante oder bereits genehmigte Rüstungsausgaben. Angesichts der durch die Corona-Krise ungelösten Probleme wie z.B. die Suche nach einem Impfstoff halten wir die Aufstockung des Verteidigungshaushalts für falsch. Solche fehlgeleiteten Gelder illustrieren das Dilemma unserer Gegenwart sehr deutlich, wenn Staaten und ihre Regierungen noch immer daran festhalten, letztlich die Ansprüche und Bedürfnisse ihrer Bürger*innen mit Waffengewalt durchsetzen zu wollen. Anstatt zukunftsfähige Lösungen zu generieren, bleiben viele politische Entscheidungsträger offenbar einem veralteten Denken verhaftet, das auf militärische Stärke setzt. An der Sammlung der hier aufgelisteten Negativbeispiele können wir erkennen, wie wichtig unser friedenspolitisches Engagement für eine Verbesserung unseres kulturellen Narrativs - also unserer Denk-, Bewertungs- und Sprachmuster - ist.*

Zur Situation in Amerika

Insbesondere durch die Corona-Krise wurden die fatalen Auswirkungen der amerikanischen Politik schlagartig sichtbar, die zwar Militäreinsätze rund um den Globus ermöglicht, jedoch gravierende Lücken im Gesundheitswesen billigend in Kauf genommen hat.

Das bekannte US-amerikanische News-Magazin Newsweek vermeldet, dass mit dem Geld, das die USA in einem Jahr für Atomwaffen ausgeben, 300’000 Betten für Intensiv-Stationen, 35’000 Beatmungsgeräte oder 150'000 Krankenschwestern finanziert werden könnten. Auf den Wahnsinn lebensfeindlicher und falscher Investitionen macht auch die Internationale

Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) aufmerksam. In ihrem jüngsten Bericht stellt ICAN fest, dass die USA laut armscontrol.org im Jahr 2019 35,1 Milliarden Dollar für Atomwaffen ausgegeben haben.

Zur Situation in Deutschland

In Deutschland gestaltet sich die Situation auch nicht grundlegend anders. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer setzt auf militärische Investitionen und

hat offensichtlich das Gebot der Stunde noch gar nicht erkannt. Informationen zu den militärpolitischen Plänen bietet folgender Artikel, den wir Ihrer Lektüre empfehlen.

Wer Kampfjets kauft, hat u.U. kein Geld mehr für Masken:
Im Gespräch mit dem Verteidigungsausschuss des Bundestags treibt Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer am Mittwoch die Beschaffung von Kampfjets als Ersatz für die alternden Tornados der Luftwaffe voran. Gekauft werden sollen 135 Flugzeuge, darunter 90 Eurofighter sowie 45 US-amerikanische F-18. Der Preis wird auf eine zweistellige Milliardensumme geschätzt. Die F-18 sollen unter anderem im Rahmen der "nuklearen Teilhabe" genutzt werden, die den Transport und den Abwurf der in Büchel (Eifel) gelagerten US-Atombomben durch deutsche Bomber, gesteuert von deutschen (!) Piloten, vorsieht. Parallel zu dem milliardenschweren Kauf treibt die Bundesregierung einen Zusammenschluss der drei großen deutschen Kriegsschiffbauer zu einem deutschen Marinegiganten voran; er wird, sofern seine Gründung gelingt, mit einem französisch-italienisch geführten südeuropäischen Konsortium konkurrieren. Um die Aufrüstung zu beschleunigen, ist kürzlich ein Gesetz verabschiedet worden, das EU-weite Ausschreibungen in der Rüstung einschränkt. Verschleppt hat die Bundeswehr hingegen die Beschaffung von Covid-19-Schutzausrüstung.
Quelle: https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8251/

Dieses Plakat von Claus Kittsteiner hat über Ostern an der Überlinger Promenade gehangen.

Auf weitere Infos und Beteiligungsmöglichkeiten gegen den Ankauf von Atombombern macht zudem der folgende Link aufmerksam https://atombomber-nein-danke.de/

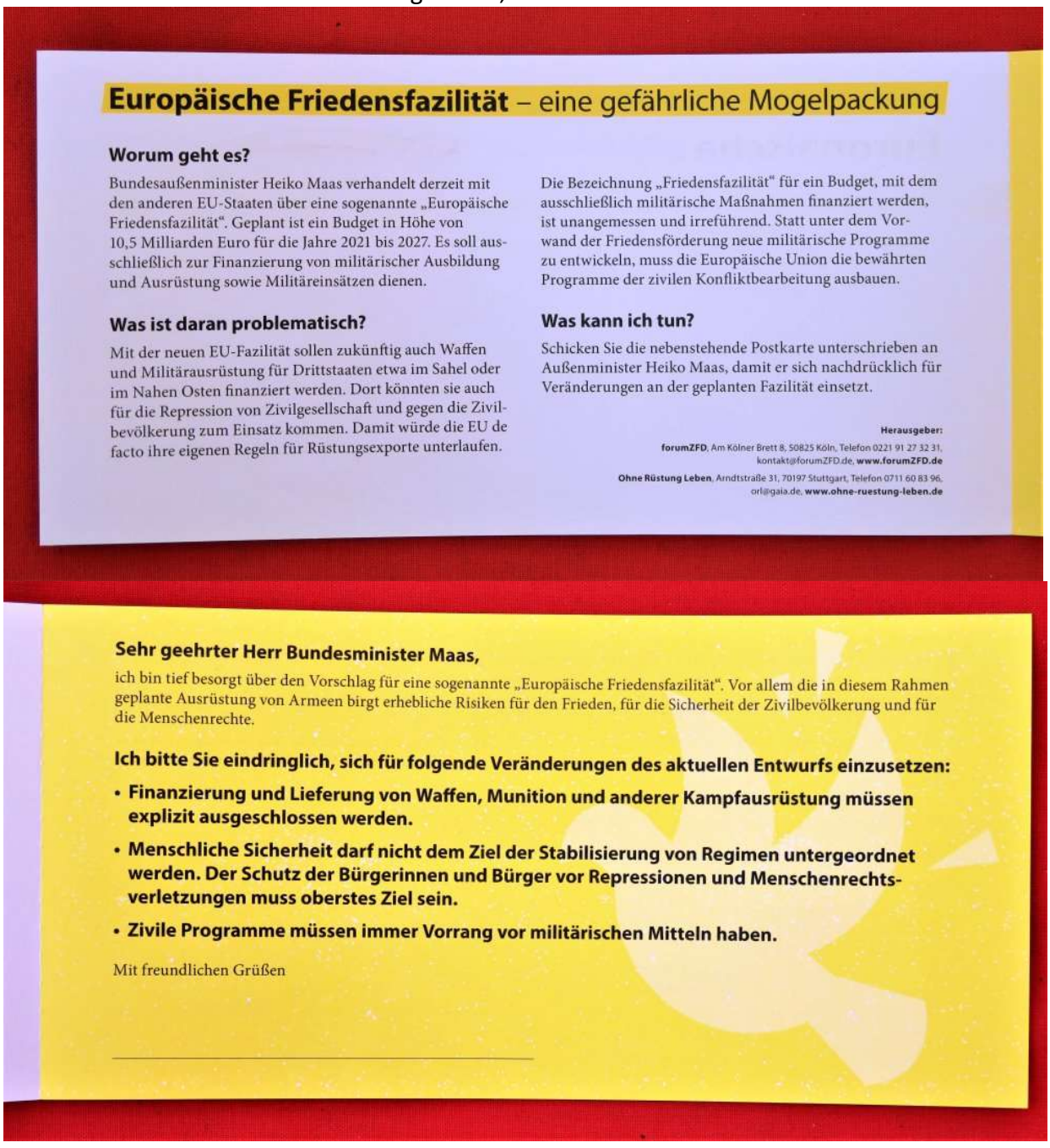
Bitte beteiligen Sie sich auch an der Petition:
https://weact.campact.de/petitions/atombomber-nein-danke?source=whatsapp-share-button&utm_medium=recommendation&utm_source=rec-wa&share=d8447e14-ccb6-43d1-9bfd-c1d0e65cd4ca

Aufruf zu einem bundesweiten Aktionstag
https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/files/2020/05/healthcare.png
Der Weg aus der Krise kann nur auf grenzenloser Solidarität gründen. Gerade mit den Menschen, die von Krieg, Verfolgung und Rassismus betroffen sind, sind wir solidarisch. Dabei vertrauen wir nicht auf den Staat. Wir rufen dazu auf, am 19. Mai Orte der Rüstungsproduktion, ihrer Lobby und der politisch Verantwortlichen für die Erteilung von Exportgenehmigungen und die Ausweitung deutscher Militärmacht aufzusuchen und auf vielfältige Weise zu protestieren und unsere Kritik deutlich zu machen. Selbstbestimmt halten wir sinnvolle Infektionsschutzmaßnahmen ein und schützen uns so gegenseitig. Wir tragen Masken und Handschuhe, halten Abstand. Und wir protestieren gemeinsam, kraftvoll, lautstark. https://rheinmetallentwaffnen.org/ (weitere Infos)

Auch die EU rüstet weiter auf

Deutsche Aufrüstungsbemühungen sind nicht nur national zu sehen, sondern müssen auch im europäischen Kontext verstanden werden. Militärischer Logik zufolge geht es der Europäischen Union schließlich auch darum, dass alle Mitgliedsstaaten auf- und ausgerüstet sind. Insbesondere Deutschland hat lt. Außenminister Maas ein großes Interesse an derartigen Vereinbarungen, die unter dem Stichwort **Friedensfazilität** diskutiert werden. Weitere Informationen zu diesem bisher kaum bekannten Thema finden Sie unten. Wir stellen das Thema hier vor, um Ihnen Argumente für potentielle kontroverse Diskussionen an die Hand zu geben. Denn es ist wichtig, dass wir die Fakten kennen, um auf die Aufrüstung unter **falschem, irreführendem Namen** – nämlich Friedensfazilität - aufmerksam zu machen. Das tun wir, indem wir Sie gleichzeitig bitten, Protestkarten zu versenden.

Sie können gerne eine eigene Postkarte – wie unten abgebildet - mit den aufgeführten Punkten schreiben und an folgende Adresse schicken, um gegen die Aufrüstung der EU zu protestieren:
Herrn Minister Heiko Maas Auswärtiges Amt, 11013 Berlin



Europäische Friedensfazilität – eine gefährliche Mogelpackung

Worum geht es?

Bundesaußenminister Heiko Maas verhandelt derzeit mit den anderen EU-Staaten über eine sogenannte „Europäische Friedensfazilität". Geplant ist ein Budget in Höhe von 10,5 Milliarden Euro für die Jahre 2021 bis 2027. Es soll ausschließlich zur Finanzierung von militärischer Ausbildung und Ausrüstung sowie Militäreinsätzen dienen.

Was ist daran problematisch?

Mit der neuen EU-Fazilität sollen zukünftig auch Waffen und Militärausrüstung für Drittstaaten etwa im Sahel oder im Nahen Osten finanziert werden. Dort könnten sie auch für die Repression von Zivilgesellschaft und gegen die Zivilbevölkerung zum Einsatz kommen. Damit würde die EU de facto ihre eigenen Regeln für Rüstungsexporte unterlaufen.

Die Bezeichnung „Friedensfazilität" für ein Budget, mit dem ausschließlich militärische Maßnahmen finanziert werden, ist unangemessen und irreführend. Statt unter dem Vorwand der Friedensförderung neue militärische Programme zu entwickeln, muss die Europäische Union die bewährten Programme der zivilen Konfliktbearbeitung ausbauen.

Was kann ich tun?

Schicken Sie die nebenstehende Postkarte unterschrieben an Außenminister Heiko Maas, damit er sich nachdrücklich für Veränderungen an der geplanten Fazilität einsetzt.

Herausgeber:
forumZFD, Am Kölner Brett 8, 50825 Köln, Telefon 0221 91 27 32 31, kontakt@forumZFD.de, **www.forumZFD.de**
Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 60 83 96, orl@gaia.de, **www.ohne-ruestung-leben.de**

Sehr geehrter Herr Bundesminister Maas,

ich bin tief besorgt über den Vorschlag für eine sogenannte „Europäische Friedensfazilität". Vor allem die in diesem Rahmen geplante Ausrüstung von Armeen birgt erhebliche Risiken für den Frieden, für die Sicherheit der Zivilbevölkerung und für die Menschenrechte.

Ich bitte Sie eindringlich, sich für folgende Veränderungen des aktuellen Entwurfs einzusetzen:

- **Finanzierung und Lieferung von Waffen, Munition und anderer Kampfausrüstung müssen explizit ausgeschlossen werden.**
- **Menschliche Sicherheit darf nicht dem Ziel der Stabilisierung von Regimen untergeordnet werden. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Repressionen und Menschenrechtsverletzungen muss oberstes Ziel sein.**
- **Zivile Programme müssen immer Vorrang vor militärischen Mitteln haben.**

Mit freundlichen Grüßen

Links

https://www.youtube.com/watch?v=tDr0h2T_EBk (Faktencheck Corona von Winfried Wolf – sachlich und informativ!)

https://act.wemove.eu/campaigns/wiederaufbau (Petition für einen Wiederaufbau-Plan für Menschen und den Planeten – also GEGEN Friedensfazilität: Bitte unterschreiben Sie!)

http://www.atomwaffenfrei.de/home/artikel/da00a6ae9cf90d497168247dfd524376/affront-gegenueber-der-zivilgesellschaft-den-steuerzahl.html
(über Steuerverschwendung durch Waffenkäufe)

https://abruesten.jetzt/2020/04/der-ruestungswahnsinn-geht-verstaerkt-weiter-deutschland-fuehrend-dabei/ (guter Einstieg in das Thema Aufrüstung aus deutscher Perspektive)

https://www.tagesschau.de/ausland/sipri-ruestungsausgaben-111.html (Artikel über weltweiten Anstieg der Ausgaben im Rüstungssektor)

https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-annegret-kramp-karrenbauer-sagt-washington-kauf-von-us-kampfjets-zu-a-c1b5f289-c6f0-4899-813f-f203e840ec92?fbclid=IwAR1Hae-OP4mis7BspMxAdE-xV3k4VwetoKYLBFcH3yscYMyHGVzx9uSr__U
(umfangreicher Artikel über Alleingang des Verteidigungsministeriums bei der Beschaffung von Atombombern)

https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-04/annegret-kramp-karrenbauer-interesse-us-kampfjets-kauf (Zeit-Artikel über Kramp-Karrenbauers Kampf-Jet-Deal)

http://ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomwaffen/Langzeitfolgen_von_Atomexplosionen.pdf
(über Langzeitfolgen von Atomexplosionen der Ärzte gegen Atomwaffen)

http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP07219_210619.pdf (Positionspapier des Umwelt-Bundes-Amtes über vermeintlich ungefährliche Kerosinablässe in Militärregion)

https://www.ard.de/home/wissen/Zweiter_Weltkrieg__Atombomben_auf_Hiroshima_und_Nagasaki/2043352/index.html (zum Ende des 2. Weltkriegs im Pazifik)

https://www.atomwaffena-z.info/geschichte/einsatz-von-atomwaffen/hiroshima.html
(Webseite zu Atomwaffen beantwortet alle Fragen von A – Z)

https://www.ippnw.de/atomenergie/gesundheit/artikel/de/aerzteorganisation-warnt-vor-verharml.html (Ärzte gegen Atomwaffen warnen vor Verharmlosung derselben)

https://abruesten.jetzt/aufruf/ (diesen Aufruf bitte unterzeichnen und teilen)

Aktuelles: Moratorium für Militärausgaben

An dieser Stelle schildern wir die Bemühungen eines Ökonomen aus einem sogenannten Schwellenland. Ein wirklich zukunftsweisender Vorschlag wurde von dem indischen Ökonomen Jean Drèze formuliert, der ein weltweites Moratorium für Rüstungsausgaben vorschlägt. Er fordert eine verstärkte Solidarität unter den Menschen, die sich angesichts der aktuellen Covid-19-Entwicklungen gerade überall sichtbar sowieso Bahn bricht. Der indische Subkontinent mit seinen diversen Völkern, Sprachen, Traditionen und weit verbreiteten gesellschaftlichen Ungleichheiten spiegelt im Besonderen die Situation des Globus insgesamt wider. Jean Drèze wissenschaftliche Herangehensweise kreist um gesellschaftliche Gerechtigkeit, weshalb er schon häufig mit dem indischen Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen zusammengearbeitet hat. Sen will ökonomisches Handeln nicht unabhängig von der gerechten Verteilung der erwirtschafteten Gewinne verstehen. Gemeinsam erforschen sie die Nachteile der an mathematischen Erfordernissen ausgerichteten Ökonomie und wollen deren enge Grenzen erkennbar machen, weil Gerechtigkeitsfragen prinzipiell als obsolet gelten. Investitionen in eine kriegsdienliche Rüstungsindustrie mögen zwar dem herrschenden ökonomischen Paradigma entsprechen, aber sie sind zutiefst ungerecht und zerstören die Lebensgrundlagen unseres Planeten.
Einen guten biographischen Einblick bietet Wikipedia:
https://de.wikipedia.org/wiki/Jean_Dr%C3%A8ze

Ergänzend weisen wir noch auf eine wichtige Aktion hin, die das von Jean Drèze geforderte Moratorium ein Stück weit vorwegnimmt. Bitte beteiligen Sie sich auch an folgender Unterschriftenaktion, die angesichts der Corona-Pandemie einen globalen Waffenstillstand zum Ziel hat:
https://www.aktiongegendenhunger.de/globaler-waffenstillstand?utm_medium=email&utm_source=enews&utm_campaign=cgw-enews-0&utm_term=cgw,%20corona,krieg,konflikt,waffenstillstand,petition&utm_content=t2

****

Aktuelles: Entwicklungsländer und das Virus SARS-CoV-2

Die Situation der Menschen in Entwicklungsländern wird durch die Corona-Pandemie verschlimmert und spitzt sich weiter zu. Das erfordert ein Umdenken auf Seiten der Geberländer und des reichen Westens. Lesen Sie dazu doch folgenden äußerst informativen Artikel von Heiner Flassbeck, der das notwendige Umdenken ausführt. Der Artikel ist allgemein und global verfasst, doch wir müssen lernen, dass viele Entwicklungsländer angesichts herrschender Mechanismen und Regeln auf den Finanzmärkten gegenüber dem Westen per se benachteiligt sind.

Die globale Pandemie lässt fast niemanden aus. Es ist höchste Zeit, den Entwicklungsländern schnell und rigoros Hilfe zu leisten. Das ist möglich, wenn die Industrieländer auch hier ihre ökonomischen Dogmen schleunigst über Bord werfen. (…) Noch viel gravierender in ihren Folgen sind dogmatische Tabus für die Entwicklungsländer. Für die meisten von ihnen ist die Bekämpfung der Krise wesentlich schwieriger, da das Ausmaß der benötigten Hilfe größer und die aus eigener Kraft verfügbaren Mittel geringer sind als in den Industrieländern… Angesichts des Potenzials an Leid und Schäden, die bei einer nicht angemessenen Reaktion der Wirtschaftspolitik in diesen Ländern drohen, ist es unausweichlich, dass die Industrieländer im

eigenen Interesse diesen Ländern schnell und in großem Maßstab helfen.(…) Für Europa und die USA ist mittlerweile den meisten Beobachtern klar, dass eine Abfederung des Schocks durch die Fiskalpolitik nur möglich ist, wenn die Geldpolitik die Fiskalpolitik mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützt. Im Kern: Der Großteil der finanziellen Mittel, über die Staaten in dieser Krise verfügen müssen, kommt direkt oder indirekt von deren Zentralbanken, wird also aus dem Nichts geschaffen. Die Rolle der Zentralbanken ist dabei, den Spekulanten an den Anleihemärkten das Handwerk zu legen…

Für die Entwicklungsländer, die zwar eigene Währungen haben, deren Wechselkurse aber sehr stark von den Finanzmärkten bestimmt werden, gibt es diese einfache Lösung nicht. Es besteht bei monetär unterstützten großen fiskalischen Hilfsprogrammen die Gefahr, dass die Währungen weiter abstürzen, weil die „Märkte“ erwarten (und darauf spekulieren), dass sich selbst die jetzt erreichten niedrigen Wechselkurse im Verlauf dieser Krise nicht werden halten lassen…

Der Ausweg: Temporär feste Wechselkurse. Aus der Zwickmühle zwischen Zins und Wechselkurs gibt es einen einfachen Ausweg, der absolut naheliegend ist, wenn man sich über die herkömmlichen ökonomischen Dogmen hinwegsetzt. Um den Entwicklungsländern die in dieser Krise lebensnotwendige monetäre Freiheit zu geben, die für große Industrieländer nahezu selbstverständlich ist, muss man den Entwicklungsländern für die Zeit der Bekämpfung des Corona-Schocks – sagen wir: für die nächsten zwölf Monate – eine Wechselkursgarantie geben. Ihre Währungen sollten weiter gehandelt werden, aber einen bestimmten Wert zum US-Dollar oder zum Euro nicht unterschreiten…

Quelle: https://www.nachdenkseiten.de/?p=60034#h06

****

Aus dem Verein: Lilo Rademacher (Vorstandsteam) stellt sich vor

Ich bin seit meinem Studium Ende der 60er Anfang der 70er Jahre aktiv in der Friedensbewegung. Zuerst in meiner ersten Anstellung als Jugendsekretärin beim DGB in Rheinland-Pfalz. Ich habe aktiv in der Ostermarschbewegung mitgearbeitet und es sogar geschafft, den Landesbezirksvorsitzenden des DGB davon zu überzeugen, dass der DGB auch dort mitgemacht hat.

Nach meiner Zeit beim DGB wechselte ich nach 13 Jahren zur IGM nach BaWü. Zuerst zur IGM nach Albstadt, wo ich auch aktiv in der Friedensbewegung mich betätigte und dann in Friedrichshafen. Auch hier machte ich in der Friedensbewegung mit. An den Ostermärschen auf Landesebene. Später auch auf der örtlichen Ebene war ich dabei. Ich bekam auch Kontakt zu unseren Schweizer Freundinnen und Freunden, wie zum Beispiel zu Arne Engeli und Ruedi Tobler.

Nach meiner aktiven Zeit bei der IGM setzte ich auch meine Arbeit in der Friedensbewegung in Überlingen fort und arbeitete dort mit. Für mich ist klar: Einmal Friedensbewegung, immer Friedensbewegung.

Aus dem Verein: Sicherheit neu denken - Säule 1

Fortsetzung des Berichts aus der Mitgliederversammlung
– Vorstellung des Konzeptes Sicherheit neu denken: hier die erste Säule von Christian Harms. In den nächsten Newslettern werden wir an dieser Stelle jeweils eine weitere der insgesamt 5 Säulen ausführlicher vorstellen.

Das Denken der „Zivilen Sicherheitspolitik“ soll an die Stelle der bisherigen Verteidigungspolitik treten, die auf militärische Stärke und Abschreckung baut, gestützt von einer mächtigen Rüstung und starken wirtschaftlichen (Vormacht)-Stellung in einem Bündnis, das mit seiner Bewaffnung und Struktur eher an ein Angriffs- als an ein reines Verteidigungsbündnis erinnert. Das neue Denken soll auf Fünf Pfeilern nachhaltiger ziviler Sicherheitspolitik ab dem Jahr 2025 stehen:

Die Säule I, die ich hier kurz skizziert vorstelle, baut dabei auf
Außenbeziehungen, ökologisch, sozial und witschaftlich gerecht gestaltet. Es ist vorgesehen, dass in diesen ökologisch, sozial und wirtschaftlichen gerechten Außenbeziehungen mit ausgeglichener Außenhandelsbilanz Österreich, Schweden und die Niederlande praktisch mit einbezogen sind. Dabei praktizieren sie einen Lebens- und Wirtschaftsstil, der die ökologischen Ressourcen der Erde nur noch entsprechend ihres Bevölkerungsanteils in Anspruch nimmt.
- Der Anteil des Zertifizierten Fairen Handels wird stetig erhöht.
- Ihre im Klima-Abkommen von Paris 2015 zugesicherten Klima-Ziele werden konsequent umgesetzt.
- Sie investieren in Kooperation mit ihren europäischen Partnern weltweit in die Beseitigung von Hunger, Elend und Krankheiten. Dabei soll Deutschland der größte Beitragszahler des UN-Welternährungsprogramms werden.

Als Folgen dieser Politik wird die Subventionierung von Agrarexporten eingestellt, die strukturelle Benachteiligung des „globalen Südens“ überwunden, werden weltweit transparente und klare gesetzliche Regelungen und leistungsfähige Institutionen im Rohstoffsektor geschaffen, und zwar mit verbindlichen Garantieren von Konfliktfreiheit sowie der Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards entlang der Rohstoffkette. Deutschland

investiert ferner beträchtliche Summen in den UN-Fonds für Nachhaltige Entwicklung und in den weltweiten Klimaschutz.

Der Weg bis 2040 führt zur Sozialen Marktwirtschaft als weltweiter Maßstab.
Dabei strebt Deutschland nach dem Bundestagsbeschluss2025 explizit die Rolle eines fairen Staates mit ausgeglichener Außenhandelsbilanz an! Für Deutschland ist Verteilungs-Gerechtigkeit im Nord-Süd-Verhältnis gleichbedeutend mit einer vorausschauenden, dem Eigeninteresse folgenden Friedens- und Sicherheitspolitik. Dabei wird auf G20-Treffen und in den UN die Schaffung fairer und transparenter internationaler Schiedsverfahren besonders für überschuldete Staaten durchgesetzt.

Mit der Verringerung der Ausgaben für die Bundeswehr ab dem Jahr 2025 kann Deutschland seine finanziellen Beiträge u.a. zum Welternährungsprogramm der VN dann so wesentlich erhöhen, dass es der weltweit größte Beitragszahler des Programms der Vereinten Nationen (VN) ist. Das Motto all dieser Ziele: Gerechtigkeit schafft Frieden
„Das Leitbild gerechten Friedens beruht auf einer letzten Endes ganz einfachen Einsicht:
Eine Welt, in der den meisten Menschen vorenthalten wird, was ein menschenwürdiges Leben ausmacht, ist nicht zukunftsfähig. Sie steckt auch dann voller Gewalt, wenn es keinen Krieg gibt. Verhältnisse fortdauernder schwerer Ungerechtigkeit sind in sich gewaltgeladen und gewaltträchtig. Daraus folgt positiv: **„Gerechtigkeit schafft Frieden“**.“
Hirtenwort der Deutschen Bischöfe „Gerechter Friede“ aus dem Jahr 2000, S. 35-36

****

Gastbeitrag: „Kultur leben“ von Wolfram Frommlet

Diese Kolumne von Wolfram Frommlet ist am 14.04.2020 unter dem Titel „Kultur leben“ in der Schwäbischen Zeitung erschienen. Wir danken dem Ravensburger Autor, Kulturschaffenden und Dozenten für die Erlaubnis, seinen Text in unserem Newsletter veröffentlichen zu dürfen. In besonderer Weise stellt er die kulturellen Einflüsse dar, die sich in Krisenzeiten in Politik und Gesellschaft offenbaren, wenn es darum geht, angemessen auf Unvorhergesehenes reagieren zu müssen. Es geht dabei eben auch um die Wirkung des so genannten kulturellen Narrativs auf unser Handeln und Beurteilen und auf unsere unbewussten Wert- und Beurteilungskriterien. Dieses uns unbewusste Narrativ wenden wir im Alltag zum Verständnis unserer Erfahrungen an. Auch das Narrativ wird sich angesichts globaler Krisen verändern müssen, denn „höher, schneller, weiter!“ passt nicht mehr auf eine Welt begrenzter Ressourcen, der der ökologische, ökonomische und soziale Kollaps droht.

Kriegsrhetorik oder Kultur? „Wir sind im Krieg“ erklärte Emmanuel Macron dem fran-zösischen Volk. Der Feind ist Corona. Gest-ern noch, ohne Feind, schwärmte er über das Milliardenprojekt für Dassault und Airbus – einen neuen Kampfjet plus Drohnen. Von einem Krieg spricht auch Spaniens Regierungschef Pedro Sánchez, EU-Kommissar Thierry Breton von einer „Kriegswirtschaft“.
Was man sich darunter vorstellen darf, erläuterte das US-Magazin Newsweek: für die 31 Mrd Dollar, die die USA 2019 für Atomwaffen ausgaben, hätten 75 000 Ärzte, 150 000 Krankenschwestern und 300 000 Betten für Intensivstationen finanziert werden können. , Welch ein Gegensatz die Sprache des **UN- Generalsekretärs Antònio Guterres,** in der er zu einem „sofortigen globalen Waffenstill- stand“ aufruft. „Es ist an der Zeit, bewaffnete Konflikte

zu beenden und sich gemeinsam auf den wahren Kampf unseres Lebens zu konzentrieren…/ Die Schwächsten – Frauen und Kinder, Menschen mit Behinderungen, Marginalisierte und Vertriebene – zahlen den höchsten Preis.“ Poetisch geradezu der Satz „The fury of the virus illustrates the folly of the war“ „Das tobende Virus veranschaulicht den Unsinn des Krieges. Beendet die Krank-heit des Krieges. Dies braucht die Menschheit – (our human family) – mehr denn je.“

Den Krieg als Krankheit, als Seuche zu bezeichnen hat große literarische Vorbilder. In **Albert Camus‘ symbolischem Roman „Die Pest“**, kurz nach dem II. Weltkrieg, 1947, im noch französischen Algerien erschienen, ist das Virus „die braune Pest“, der Faschismus, der Stalinismus, die ersten Atombombenabwürfe in der Südsee, die entsetzlichen Grausamkeiten der französischen „Kulturnation“ an den „Primitiven“ in den Kolonien.

Die Hauptfigur in Camus Roman, Dr. Rieux, beugt sich der Pest nicht schicksalhaft, weist die das Volk verdummende These zurück, sie sei „die Strafe Gottes“. Rieux ist, wie der ganze Roman, ein „l’homme revolté“, mit „rebellischer Seele. Ein Symbol derer, die mit jenen Werten „infiziert“ sind, die Camus, und **Jean-Paul Sartre**, in Philosophie und Literatur schon bald berühmt machten; Anti-Militarismus, Humanismus, und ein Denken, das die Studentenrevolten der 68er in Europa wie in den USA ebenso prägte wie die „hommes revoltés“ der Unabhängigkeitsbewegungen, die eine neue Literatur, eine eigene Philosophie und Theologie schrieben. Eine neue Welt für die „Verdammten dieser Erde“ des Psychiaters **Frantz Fanon** aus Martinique, Solidarität und Gemeinschaft in **Julius Nyereres** „Ujamaa-Dörfern“ in Tansania.

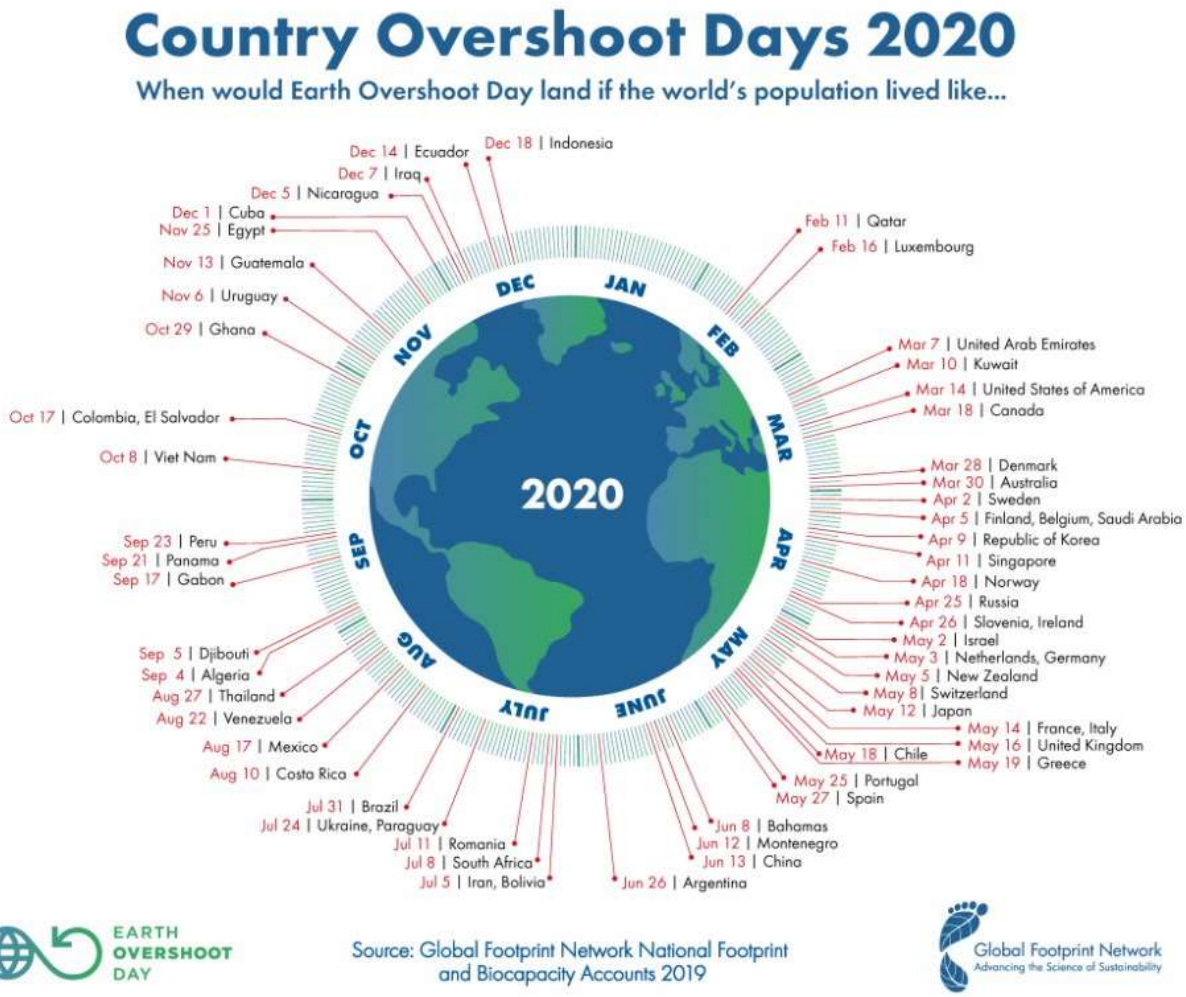
Der Befreiungs-Priester **Michael Kayoya** aus Burundi schrieb: „Sehr spät erkrankte unser Volk an dem schrecklichen Übel, das man Unterentwicklung nennt. Seit der Begegnung mit dem Abendland hat unser Volk aufgehört, sein Leben selbst zu bestimmen.“ Diesen europäischen Virus zu bekämpfen war für ihn tödlich. Die von den Europäern eingeschleppten „Seuchen“ - die Gier zu plündern, Marionetten zu kreieren und zu infizieren – diese zerstören die Visionen, die konkreten Utopien des Südens, die es gab und gibt, bis heute. Dichter und Philosophen waren Präsidenten in afrikanischen Ländern. Doch Viren sind immun gegen Kultur. Sie kleben an Geld und an Metall, das in „Kriegswirtschaften“ bearbeitet wurde. Sie saugen das Blut der Kriege, die bei Antonio Guterres das Virus nähren. „Ein Virus kennt keine Moral“ titelte Rosa von Praunheim 1986 seine bitter-böse Komödie über das Aids-Virus. Werden wir mittels Corona erkennen, was die Gründe so vieler Seuchen sind? Michel Kayoya in dem nur noch antiquarisch erhältlichen Buch „Sprich Deine Sprache Afrika“: „Unterentwicklung ist der verkehrte Zustand, in dem Völker ernsthaft erkrankt sind an sozialer Entartung und sozialem Stumpfsinn, an einem Parasitentum, das jeden Fortschritt hemmt, an sozialer Kurzsichtigkeit“.

wolfram.frommlet@t-online.de

****

Aktuelles: Welterschöpfungstag / Earth Overshoot Day

global: 1971 am 21.12. - 2000 am 1.11. - 2010 am 21.8. - 2019 bereits am 29.7.
- doch damit nicht genug: in Deutschland haben wir auf Grund unseres ökologischen Fußabdrucks unsere Ressourcen bereits am 3. Mai aufgebraucht - danach leben wir auf Pump bei den kommenden Generationen!



Sie können Ihren persönlichen Fußabdruck hier ermitteln:
https://www.fussabdruck.de/fussabdrucktest/#/start/index/ (Brot für die Welt)
www.testedich.de/quiz55/quiz/1529920872/Dein-oekologischer-Fussabdruck

Die Friedensregion und die Friedensräume Lindau bereiten zu diesem Thema einen Beitrag zur Landesgartenschau 2021 in Lindau vor.

****

In eigener Sache: Friedenspolitische Termine

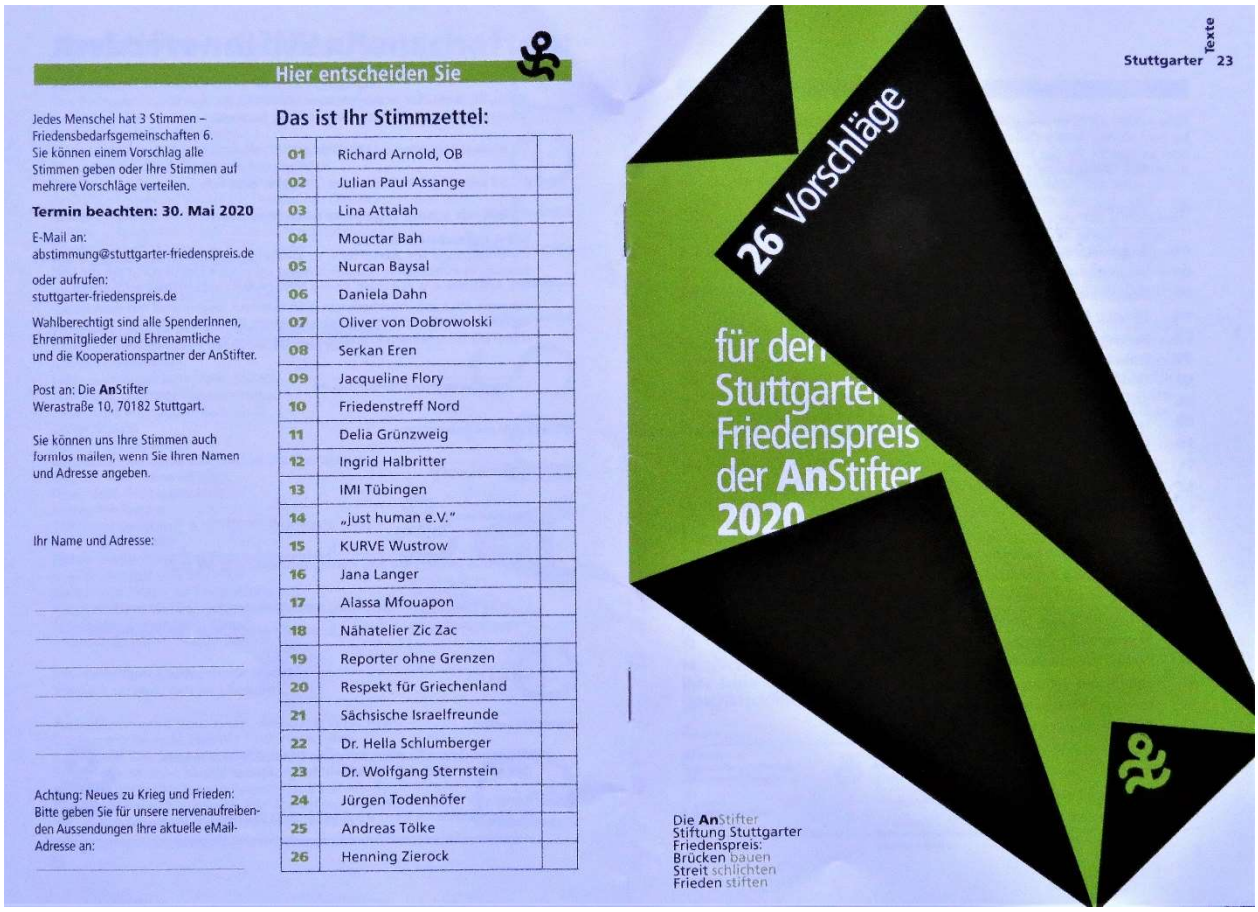
Die Friedensräume Lindau sind voraussichtlich ab Juni wieder geöffnet.
8. Juli 20: Mayors for Peace, Lindau. FRB + Friedens räume
11.-18. Juli 20: Frieden in Bewegung. Wanderung Naturfreunde von Singen – Friedrichshafen – Bregenz - Konstanz abgesagt
6. und 9. August 20: Hiroshima-/Nagasaki-Tag, Überlingen und Radolfzell, Infostand, FRB
1. September 20: Antikriegstag des DGB seit 1957/1966; Beginn des 2. WK in FN, mit VVN-BdA, DGB, FRB
12. September 20: **UN-Weltfriedenstag in St. Gallen**. Frieden-Ostschweiz
21. September 20: Kunstinstallation „Waffenthron“ Lindau. Friedens räume und FRB

25.-27.9.20: **Ramstein** Aktionstage in Berlin. Kontakt: Claus Kittsteiner
17./18. Oktober 20: Tagung Lebenshaus Schwäbische Alb, Gammertingen
November 20: Friedensdekade, Überlingen
24./25. November 20: Sicherheit neu denken mit Ralf Becker. FRB/FFÜ Überlingen
25. November 20: Oberschwäbische Friedenswochen Ravensburg: Sicherheit neu denken. Ralf Becker. Pax Christi/FRB
Monatliche Termine 2020 des AK Friedensregion Bodensee finden noch nicht statt
13.2.20, 9.3.20 (Mitgliederversammlung FRB um 18 Uhr), 16.4.20, 18.5.20, 18.6.20,13.7.20, 14.9.20, 15.10.20, 16.11.20, 10.12.20 jeweils in Überlingen, Paul-Gerhardt-Haus, Jasminweg 19, um 16 Uhr.
Gäste und InteressentInnen sind willkommen - bitte bei christian.s.harms@gmx.de anmelden
Lindau: jeden Freitag von 18 - 18.30 Uhr: Schweigekreis für Klimaschutz, Frieden und Gerechtigkeit, vor dem Alten Rathaus: Teilnahme für jedeN möglich. Info Frieder Fahrbach.
Findet ab 8.5.20 wieder statt
Schweigen für den Frieden. Jeden 1. Montag im Monat am Mantelhafen. Friedenskreis Überlingen. **Findet vorläufig nicht statt**
Führungen im **Goldbacher Stollen**, Überlingen (nach Vereinbarung mit Claus Kittsteiner), **finden vorläufig nicht statt**

****

Verschiedenes: Stuttgarter Friedenspreis der AnStifter – Respekt für Griechenland ist nominiert

Über das Engagement Claus Kittsteiners bei der Flüchtlings-Unterstützung (http://respekt-für-griechenland.de/) wurde in den letzten Newslettern bereits ausführlicher berichtet. Wir freuen uns, dass seine Organisation „Respekt für Griechenland“ nun auch für den Stuttgarter FriedensPreis der AnStifter nominiert wurde. Als Mitglied der Friedensregion-Bodensee e.V. und auch wegen seiner Aktivitäten im Vorstandsteam freuen wir uns sehr über seine Nominierung! Auf diese Art und Weise werden unsere friedenspolitischen Bemühungen dann auch in der Bodensee-Region selber sowie darüber hinaus noch viel bekannter! https://stuttgarter-friedenspreis.de/uber-den-friedenspreis/



Hier entscheiden Sie

Jedes Menschel hat 3 Stimmen – Friedensbedarfsgemeinschaften 6. Sie können einem Vorschlag alle Stimmen geben oder Ihre Stimmen auf mehrere Vorschläge verteilen.

Termin beachten: 30. Mai 2020

E-Mail an:
abstimmung@stuttgarter-friedenspreis.de

oder aufrufen:
stuttgarter-friedenspreis.de

Wahlberechtigt sind alle SpenderInnen, Ehrenmitglieder und Ehrenamtliche und die Kooperationspartner der AnStifter.

Post an: Die **An**Stifter
Werastraße 10, 70182 Stuttgart.

Sie können uns Ihre Stimmen auch formlos mailen, wenn Sie Ihren Namen und Adresse angeben.

Ihr Name und Adresse:

Achtung: Neues zu Krieg und Frieden: Bitte geben Sie für unsere nervenaufreibenden Aussendungen Ihre aktuelle eMail-Adresse an:

Das ist Ihr Stimmzettel:

01	Richard Arnold, OB	
02	Julian Paul Assange	
03	Lina Attalah	
04	Mouctar Bah	
05	Nurcan Baysal	
06	Daniela Dahn	
07	Oliver von Dobrowolski	
08	Serkan Eren	
09	Jacqueline Flory	
10	Friedenstreff Nord	
11	Delia Grünzweig	
12	Ingrid Halbritter	
13	IMI Tübingen	
14	„just human e.V."	
15	KURVE Wustrow	
16	Jana Langer	
17	Alassa Mfouapon	
18	Nähatelier Zic Zac	
19	Reporter ohne Grenzen	
20	Respekt für Griechenland	
21	Sächsische Israelfreunde	
22	Dr. Hella Schlumberger	
23	Dr. Wolfgang Sternstein	
24	Jürgen Todenhöfer	
25	Andreas Tölke	
26	Henning Zierock	

Stuttgarter Texte 23

26 Vorschläge

für den Stuttgarter Friedenspreis der AnStifter 2020

Die **An**Stifter
Stiftung Stuttgarter Friedenspreis:
Brücken bauen
Streit schlichten
Frieden stiften

****

Impressum

Der Newsletter der Friedensregion Bodensee e.V. wird herausgegeben von der Friedensregion Bodensee e.V., Friedensreferentin Martina Knappert-Hiese, Altmannweg 8, 88079 Kressbronn
Mail: friedensregion-bodensee@posteo.de Telefon: 07543/547343
Internet: https://www.friedensregion-bodensee.de/
Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine Mail an die oben angegebene Adresse.
Anregungen und Kritik sind gleichermaßen willkommen. Wir verweisen auf die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) auf unserer Homepage. Ihre Mailadresse verwenden wir ausschließlich zum internen Gebrauch.